

INFOBRIEF TANG THE AFRICAN NETWORK OF GERMANY E.V.



The African Network of Germany

Bundesnetzwerk TANG

The African Network of Germany e.V.

Dr. Sylvie Nantcha

Initiatorin und Bundesvorsitzende des
Bundesnetzwerkes TANG
Tel.: 076159020982

Mitglieder des Bundesvorstands

Mohamed Attia
Hervé Tchemeleu
Adetoun Küppers-Adebisi
Michael Allimadi
Clement Nkamanyi

So erreichen Sie uns:

The African Network of Germany e.V.
bei Musikschule Haas
Mülhauserstr. 10a
79110 Freiburg
076159020981
info@theafricannetwork.de
www.tang-ev.de

Impressum

Herausgeber: The African Network of Germany
e.V.,
bei Musikschule Haas,
Mülhauserstr. 10a, 79110 Freiburg
Telefon: 076159020981
E-Mail: info@tang-ev.de
Website: www.tang-ev.de
Bank: Postbank
BIC/SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE57 1001 0010 05320 0671 27

Verantwortlich: Dr. Sylvie Nantcha
Redaktion/Layout: Marie-Abla Dikpor,
kommissarische Geschäftsführerin
Florence Akouété, Huda Yilmaz
Projektassistentinnen

WAS UNS BEWEGT

Neue Regierung

Das Kabinett steht! Nach den Bundestagswahlen im September 2017 haben sich die CDU/CSU und die SPD Anfang März dazu entschieden, die große Koalition fortzuführen. Die Koalitionsverhandlungen hatten am 26. Januar begonnen, am 12. März wurde der Koalitionsvertrag letztendlich unterzeichnet. Angela Merkel wird die Regierung in ihrer vierten Amtszeit als Bundeskanzlerin führen. Wir beglückwünschen die Bundeskanzlerin. Außerdem beglückwünschen wir die Minister der CDU: Herr Peter Altmeier als Wirtschaftsminister, Herr Helge Braun als Chef des Bundeskanzleramts, Frau Anja Karliczek als Bildungsministerin, Frau Julia Klöckner als Landwirtschaftsministerin, Frau Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin, Herr Jens Spahn als Gesundheitsminister und Frau Annette Widmann-Mauz als Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration. Wir senden unsere herzlichen Glückwünsche auch an die Minister der CSU: Frau Dorothee Bär als Staatsministerin für Digitalisierung, Herr Andreas Scheuer als Verkehrsminister, Herr Horst Seehofer als Innenminister und Herr Gerd Müller als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zu guter Letzt herzlichen Glückwunsch an die Minister der SPD:

Frau Katarina Barley als Justizministerin, Frau Franziska Giffey als Familienministerin, Herr Hubertus Heil als Arbeitsminister, Herr Heiko Maas als Minister für internationale Beziehungen, Herr Olaf Scholz als Finanzminister und Frau Swenja Schulze als Ministerin für Umweltschutz. Wir wünschen viel Erfolg und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit!

Neue Integrationsbeauftragte - Amtsantritt von Staatsministerin Widmann-Mauz

Nach ihrer Ernennung zur Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin hat Annette Widmann-Mauz am 14. März 2018 ihre Amtsgeschäfte als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration aufgenommen.

Anlässlich ihrer Amtsübernahme erklärte Staatsministerin Annette Widmann-Mauz:

„Integration ist ein Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb freue ich mich sehr darauf, mit meiner neuen Aufgabe im Bundeskanzleramt eines der wichtigsten Politikfelder der kommenden Jahre zu gestalten.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Miteinander, kein Nebeneinander. Dazu gehört, dass alle, die hier leben, ein Gefühl von Zugehörigkeit entwickeln können. Denn es geht um nichts weniger als den Zusammenhalt und das gute Zusammenleben aller Menschen in unserem Land.

Ich danke meiner Vorgängerin Aydan Özoğuz für ihre Arbeit der letzten vier Jahre. Aydan Özoğuz war die Chancengleichheit bei der Teilhabe ein besonderes Anliegen, zugleich war ihre Amtszeit von besonderen Herausforderungen durch die hohen Flüchtlingszahlen geprägt.“

Staatsministerin Widmann-Mauz war zuletzt seit 2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit. 1998 wurde sie zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Sie ist seit 2015 Bundesvorsitzende der Frauen Union und seit 2012 Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. (<https://www.integrationsbeauftragte.de/Webs/IB/DE/AmtUndPerson/amtsantritt-widmann-mauz.html;jsessionid=B0215B3F7AC3D16767F334122AF2AACD.s6t2>)

Merkels Regierungserklärung

Merkel: "Deutschland, das sind wir alle!"

"In unserem Land hat sich etwas verändert." Trotz ausgezeichneter wirtschaftlicher Lage machten sich Menschen Sorgen um die Zukunft und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Flüchtlingskrise habe Deutschland "in beispielloser Weise gefordert", so Merkel. Sie sei eine humanitäre Ausnahmesituation gewesen.

Die Debatte über den richtigen Weg habe Deutschland "gespalten", die Diskussion sei "polarisiert", die Gesellschaft "rauer" geworden, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung nach ihrer Wiederwahl. Sie rechtfertigte die Entscheidung, in den Jahren 2015 und 2016 hunderttausende Flüchtlinge besonders aus Syrien aufgenommen zu haben. Merkel betonte aber auch, dass dies eine humanitäre Ausnahmesituation gewesen sei. Am Ende der Legislaturperiode werde man hoffentlich die Bilanz

ziehen können, dass die Spaltungen überwunden seien und der Zusammenhalt neu gewachsen sei.

Aufgenommen als Menschen in Not

Merkel erinnerte zu Beginn daran, dass vor sieben Jahren im Zuge des "Arabischen Frühlings" der Bürgerkrieg in Syrien begonnen habe. Europa habe zuerst gehofft, von den Folgen nicht direkt betroffen zu sein. Zur ganzen Wahrheit gehöre aber auch, so die Kanzlerin selbstkritisch, "dass wir zu spät erkannt haben, dass Flüchtlinge in den Nachbarländern nicht ausreichend versorgt waren" und Schlepperbanden die Situation ausgenutzt hätten. "Wir haben sie als Menschen in Not aufgenommen." Es sei eine unglaubliche Bewährungsprobe für die Gesellschaft gewesen. Die Strukturen seien darauf nicht vorbereitet gewesen. "Unser Land kann auf diese Leistung stolz sein", sagte die Kanzlerin.

Fünf Punkte sind der Kanzlerin für die Zukunft wichtig:

1. Eine solche Ausnahmesituation wie die Aufnahme der Flüchtlinge in 2015 und 2016 könne und solle sich nicht wiederholen. Das EU-Türkei-Abkommen habe geholfen, Schleppern das Handwerk zu legen.
2. UN-Hilfsprogramme dürften nicht mehr so dramatisch unterfinanziert sein wie vor zwei Jahren. Hilfe vor Ort sei zentrale Aufgabe. Welternährungsfonds und UNHCR würden von Deutschland seither stärker gefördert.
3. Merkel verurteilte auf das Schärfste Bombardements, zum Beispiel einer Schule, durch das syrische Regime von Assad, aber auch Russland, das dem zusehe. Auch das türkische Vorgehen in Afrin sei bei allem Verständnis für dessen Sicherheitsinteressen inakzeptabel. „Auch das verurteilen wir auf das Schärfste“. Merkel forderte zudem eine bessere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern, um Fluchtursachen zu bekämpfen.
4. Europäische Außengrenzen müssten geschützt werden. Merkel forderte ein Ein- und Ausreiseregister. Bessere Kontrolle sei notwendig, denn terroristische Gefahren hätten zugenommen. Merkel dankte den Sicherheitsbehörden: "Unsere freiheitliche Gesellschaft wird sich unsere Art zu leben nicht durch Terroristen zerstören lassen."
5. Deutschland werde weiter denen helfen, die einen Anspruch hätten, im Land zu bleiben. Auf der anderen

Seite müssten die, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus hätten, das Land wieder verlassen. Insgesamt sollen nicht mehr als 180.000 bis 220.000 Flüchtlinge pro Jahr nach Deutschland kommen. Merkel hofft, ein gemeinsames Asylsystem auf dem Europäischen Rat im Juni verabschieden zu können.

Die Flüchtlingssituation habe wie ein Brennglas grundlegende gesellschaftliche Probleme aufgedeckt, so die Kanzlerin. Schon in den vergangenen Jahrzehnten seien viele Menschen aus anderen Ländern zu uns gekommen. Es gelte, gemeinsam zu agieren, um Benachteiligungen zu beseitigen. Aber auch Probleme müssten benannt werden.

Zusammenleben der Religionen verbessern

Der Koalitionsvertrag gebe Antworten auf bestehende Probleme. Viele Fortschritte seien gemacht worden, aber beim Thema Zusammenleben und Zusammenhalt sei man längst noch nicht da, wo man sein wolle. Merkel kündigte an, einen Pakt für den Rechtsstaat schnüren zu wollen, unter anderem durch die Einstellung von 15.000 neuen Polizisten. Erforderlich sei Respekt gegenüber denen, die das Recht durchsetzen. Deutschland habe eine christlich-jüdische Prägung, so Merkel. Aber zugleich lebten mittlerweile 4,5 Millionen Muslime in unserem Land. Deren Religion, der Islam, sei inzwischen ein Teil Deutschlands. "Insbesondere das Zusammenleben der Religionen stellt uns vor Herausforderungen", so Merkel. Sie forderte, Bund und Länder müssten gemeinsam zukunftsfähige Strukturen auch für den Islam finden. Eine wichtige Rolle spielt für die Bundeskanzlerin weiterhin die Deutsche Islamkonferenz.

Zusammenhalt der Gesellschaft stärken

Als entscheidende Grundlage für den Zusammenhalt Deutschlands nannte Merkel Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Damit hätten „Gewalt, Rassismus und Antisemitismus in unserem Rechtsstaat keinen Platz“. "Wir wollen als Bundesregierung die Spaltung überwinden und einen neuen Zusammenhalt schaffen", so Merkel. Der Wohlstand unseres Landes solle allen zugute kommen. Ziel sei eine Gesellschaft, geprägt von Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Zusammenhalt. Eine Priorität sei, Familien zu stärken, etwa durch das Baukindergeld. Die neue Koalition entlaste Alleinerziehende und Kinderreiche. Kinderarmut sei eine Schande.

Auch die Absenkung des Beitrages zur

Arbeitslosenversicherung, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge und der Abbau des Solis, der 90 Prozent der Menschen zugutekomme, entlaste die Bürgerinnen und Bürger. Zudem seien solide Finanzen weiter garantiert. Seit 2014 habe die Bundesregierung keine neuen Schulden aufgenommen, das werde so bleiben, versicherte die Kanzlerin.

Zukunft ist Europa

"Unsere Zukunft liegt im Zusammenhalt Europas", ist die Kanzlerin sicher: "Nicht in Kleinstaaterei, nicht im Rückzug auf sich selbst, nicht in nationalen Egoismen." Mit Blick auf die transatlantische Partnerschaft mit den USA und Kanada sowie auf das Verhältnis zu China und Russland mahnte die Kanzlerin "viel mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik" der EU-Partner an. Nur gemeinsam könne die Europäische Union ihre Souveränität, ihre Interessen und ihre Werte verteidigen und den Wohlstand sichern. Mit Blick auf die Verteidigungsausgaben unterstrich sie die Bedeutung, dass Deutschland ein verlässlicher Partner in der Nato sein müsse: "Im Koalitionsvertrag bekennen wir uns zu den Zielen des Bündnisses, also auch zu den finanziellen Beiträgen." Merkel erklärte zudem, dass Deutschland eine modern ausgerüstete und einsatzfähige Bundeswehr braucht. Der letzte Bericht des Wehrbeauftragten zeige überdeutlich, dass hier noch viel zu tun sei, obwohl in den vergangenen vier Jahren eine Wende bei den Ausgaben für Verteidigung vollzogen worden sei.

"Deutschland kann es schaffen"

Merkel bekräftigte, dass sie sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen werde, das Beste für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu erreichen. Dann könnten die Menschen am Ende der Legislaturperiode vielleicht sagen, "die in Berlin" hätten aus dem Wahlergebnis 2017 etwas verstanden und viel Konkretes für die Bevölkerung erreicht. Sie wünsche sich, dass als Bilanz gezogen werden könne, dass die Gesellschaft menschlicher geworden sei, Spaltungen und Polarisierungen verringert oder gar überwunden werden konnten, der Zusammenhalt neu gewachsen sei. Sie lud alle ein, daran mitzuwirken, denn, und damit schloss Merkel ihre Rede: "Deutschland, das sind wir alle!" (<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2018/03/2018-03-21-reg-erkl-kanzlerin.html>)

Führt der Klimawandel zu mehr Migration?

Die Professorin, Dr. Silja Klepp, am Institut für Geographie „Soziale Dynamiken in Küsten- und Meeresgebieten“, beschäftigt sich mit der Frage, ob der Klimawandel zu mehr Migration führt. Laut der Mehrheit der Wissenschaftler sei die Zunahme von Umweltkatastrophen auf den Klimawandel zurückzuführen. Doch werden dadurch mehr Menschen ihre Heimat verlassen müssen? Im Gastbeitrag für den Mediendienst warnt die Geographin Silja Klepp vor falschen Schlussfolgerungen: Umweltveränderungen seien nicht zwangsläufig zu mehr Migration zurückzuführen. Dennoch müssten Industriestaaten mehr tun, um Klimamigranten zu schützen. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Klimawandel Migration verhindern könne. Die Forschung zu „trapped population“ zeigt, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die durch den Klimawandel so arm seien, dass sie es sich gar nicht leisten können, auszuwandern. Auch migrieren die wenigsten aufgrund von Umweltgründen. Sie sagt, dass Menschen, die vor Umweltkatastrophen fliehen, meist innerhalb der eigenen Landesgrenzen blieben. Wandern sie doch in andere Staaten aus, haben sie kaum eine Aussicht auf Unterstützung. Da sie nicht in den Geltungsbereich der „Genfer Flüchtlingskonvention“ fallen, und daher keinen rechtlichen Anspruch haben, in einem anderen Land Schutz zu erhalten. Sie hebt vor, dass es zwar Staaten gäbe, die sich bereit erklärt haben, mehr für den Schutz von Klimamigranten zu tun, allerdings seien diese Vereinbarungen nicht rechtlich verbindlich. Deshalb sei auch die Nansen-Initiative, die Klimamigranten unterstützen wollen, 2016 in die „Platform on Disaster Displacement“ überführt worden. Ein vorbildliches Beispiel für ein Programm, welches die spezifischen Bedürfnisse einzelner Regionen und Menschen gerecht wird, sei die Regierung Fidschi, die diese Sorgen aufgriff und den Einwohnern in Kiribatis zusicherte, in einer Umweltkatastrophe, sie zu sichern. Somit hat die Regierung 2012 die Insel Vanua Levu gekauft, das langfristig dafür genutzt werden könnte, ganze Dorfgemeinschaften aus Kribati umzusiedeln.

TANG sieht dieses Beispiel als weltweit einzigartig und migrationspolitisch innovativ. Denn oftmals sollten lokale Möglichkeiten entdeckt und als eine Lösung verwendet werden. Migranten jeglicher Fluchtursache sollten unterstützt und rechtlich abgesichert werden.

UNSERE PROJEKTE

Start des Landesnetzwerks TANG NRW am 03.März in Essen

Der Start von TANG Nordrhein-Westfalen war ein Erfolg! Um die 90 Vertreter von Vereinen und Integrationsräten aus Essen, Dortmund, Düsseldorf, Mönchengladbach, Köln, Duisburg, Wuppertal, Bochum, Unna, Witten, Ratingen, Troisdorf und Hattingen waren mit dabei!

Gemeinsam mit Frau Dr. Martini aus dem Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Vertretern von Ausländerbeiräten, Integrationsbeiräten und afrikanischen Vereinen in NRW wurde TANG NRW offiziell gestartet und die TANG Stadtverantwortlichen und damit auch der TANG NRW Vorstand feierlich ernannt.

Sollten auch Sie Interesse haben, sich für TANG in Ihrer Stadt einzubringen, zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren und wir leiten die Anfrage gerne an die zuständige Person weiter.

Frau Dr. Martini lobte in ihrer Rede diese Art der Selbstorganisation afrikanischer Akteure in Deutschland und wies auf die Mitwirkung ihres Arbeitsstabes an der Entstehung von TANG vor fünf Jahren hin. Zudem betonte Sie, wie sehr sie TANG ein gutes Gelingen wünsche, sodass mit TANG auch in Zukunft eine intensive und gewinnbringende Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen möglich sei.

Die Veranstaltung war geprägt vom regen Austausch der verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche bereits über erste gemeinsame Kooperationen und Projekte ins Gespräch kamen. Die musikalische Begleitung durch ein sehr talentiertes Gesangsduo und ein ausgesprochen wohlschmeckendes afrikanisches Buffet bildeten gemeinsam das Sahnehäubchen dieses Startes von TANG NRW.

Insgesamt ist das Bundesnetzwerk TANG sehr erfreut darüber, dass der Start von TANG mit Begeisterung in der Community aufgenommen wurde und die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer große Motivation zeigten, die Anliegen von TANG weiter voranzutreiben und sich mit all ihren Möglichkeiten bei TANG einzusetzen. Die Bundesvorsitzende von TANG ist sehr erfreut darüber, mit diesem Start von TANG NRW die Basis für eine erfolgreiche Vernetzung von afrikanischen Akteuren in NRW gesetzt wurde.

Sollten auch Sie Interesse haben, sich für TANG in Ihrer Stadt einzubringen, zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren und wir leiten die Anfrage gerne an die zuständige Person weiter.

Einladung zum Start von Niedersachsen

Das Bundesnetzwerk TANG lädt alle Menschen mit afrikanischen Wurzeln und alle afrikanischen Vereine zum Start von TANG nach Oldenburg am 21. April ab 13 Uhr ein. Ort: Freizeitstätte Bürgerfelde, Alexanderstraße 209, 26121 Oldenburg. Anmelden können Sie sich unter: anmeldung@tang-ev.de

Save-the-Date für Start von TANG Baden-Württemberg und Bremen

Erfahrungsgemäß füllt sich der Terminkalender viel beschäftigter Menschen besonders schnell. Deshalb schreiben wir Ihnen schon heute. Denn es wäre schön, wenn Sie sich den 08. Juni in Bremen für uns, The African Network of Germany e.V., freihalten könnten.

Auch für Baden-Württemberg am 22. Juni um 15 Uhr, im Stadthaus N1, Raum 52/53, 68161 Mannheim, würden wir Sie um eine Terminfreihaltung bitten.

An diesem Tag organisieren wir ein Landesnetzwerktreffen in Bremen und Baden-Württemberg, um die ansässigen afrikanischen Vereine miteinander zu vernetzen und das Landesnetzwerk TANG Baden-Württemberg zu gründen.

Weitere Informationen erhalten sie von uns durch den nächsten Newsletter. Wir freuen uns wenn sie sich diesen Termin jetzt schon vormerken.

INTEGRATIONSPOLITIK

Studie „So schaffen wir das“ zur Arbeit mit Geflüchteten

Unsere vielfältige Gesellschaft zeigt erneut ihre positive Seite. Seit 2015 hat sich in Deutschland eine überwältigende Zivilgesellschaft gebildet, die sich für geflüchtete Menschen einsetzt. Die Studie „So schaffen wir das“ des Rats für Migration stellt mit dem ersten Band 2017 vor, dass die Zivilgesellschaft sich neu aufgestellt hat und sich auch mit viel Selbstbewusstsein für die Vielfalt einsetzt. Im zweiten Band geht es um die Bedingungen für eine nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Was brauchen wir, damit Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement unterstützt werden? Die wegen Fluchtmigration „besorgten Bürgerinnen und Bürger“ seien nur eine Seite der Medaille. „Die andere

lässt ihre Taten sprechen, statt Worte.“ Sie werde deswegen leicht übersehen, so Schiffauer, Vorsitzender des Rats für Migration. Sein Fazit: „Die letzten zwei Jahre waren Sternstunden für die deutsche Zivilgesellschaft. Millionen Menschen zeigten, wie eine offene Gesellschaft gestaltet werden kann“.

Jedoch sei der Erfolg von Projekten von mehreren Faktoren abhängig: Geflüchtete und andere Beteiligte müssen gleichermaßen von den Projekten profitieren, um keine Benachteiligung entstehen zu lassen; Projekte müssen den Dialog mit Behörden suchen, um Spielräume zu nutzen und bürokratische Hürden zu überwinden; Eine gute Vernetzung vor Ort und mit der Stadt, anderen Organisationen und der Bevölkerung ist entscheidend, um Projekte öffentlich sichtbar zu machen und breite Unterstützungen zu finden.

Auch TANG befürwortet die Aussage Schiffauers, dass nur durch strukturelle Förderung erfolgreiche Projekte weiterbestehen können sodass das Ehrenamt entlastet werden kann.

Filmreihe von BAMF: Das Grundgesetz

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat neuerdings ein Videoportal eröffnet, das sich „das Grundgesetz“ nennt. Um die Geflüchteten in ihrem neuen Land aufzuklären und zu integrieren, hat BAMF insgesamt sechs Episoden zusammengestellt, die die Basis unseres Zusammenlebens darstellen. Beantwortet werden dabei den Zuschauern, welche Rechte, Pflichten und Freiheiten der Einzelne in unserer Gesellschaft hat, und wie weit die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland geht. In fünf Sprachen, Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch und Farsi, können die Videos wiedergegeben werden. Ehren- und Hauptamtliche können diese als Ergänzung ihres Unterrichtes oder bei ihren Veranstaltungen verwenden. Die Filmreihe beinhaltet Videos zum Grundgesetz, Diskriminierungsverbot, Gleichberechtigung der Geschlechter, Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und Schutz von Ehe und Familie.

TANG sieht die Filmreihe als eine erfolgreiche Idee und Möglichkeit, Migranten über den Staat in dem sie leben aktiv aufzuklären und ihnen dadurch ein klares Bild über jedes Basisthema zu verschaffen. TANG wird weiterhin alles dafür tun, dass beim Thema Integration nicht über, sondern mit den Migranten geredet wird. Ebenso wird TANG Verantwortung für die Gestaltung des Zusammenhalts in Deutschland übernehmen und auch in Zukunft einen Beitrag leisten. Das Videoportal von BAMF finden sie [hier](#).

AFRIKAPOLITIK

Deutsche Afrika-Politik muss sich verändern!

Dies ist die Kernaussage, der wöchentlichen Videonachricht der Kanzlerin von Samstag, den 24.02.18. Der Fokus dürfe in Zukunft nicht mehr nur auf der Unterstützung Afrikas durch Europa und insbesondere Deutschland liegen, sondern auf Entwicklung. „Die wirtschaftliche Dynamik muss in Afrika endlich entfaltet werden“, so Merkel. Sie betont hierbei, dass bei diesem Prozess Hilfe zu gewährleisten die Aufgabe der entwickelten Länder sei und sie ganz Europa hierbei in der Pflicht sehe.

Eine große Hürde sieht sie in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika. Deutschland muss neue Mechanismen entwickeln um beispielweise besser mit den afrikanischen Banken zusammen arbeiten zu können, Kreditmöglichkeiten zu schaffen und die Zinslast zu senken. „Also hier geht es wirklich darum, große Infrastrukturprojekte in Gang zu bringen, Start-ups zu fördern, den Mittelstand voran zu bringen, damit daraus auch Arbeitsplätze entstehen.“ Merkel will also ein System etablieren, das den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Am darauffolgenden Mittwoch empfing sie den Staatspräsidenten Ghanas, Nana Akufo-Addo, in Berlin. Speziell in Ghana sieht sie zwar auch noch viele Schwierigkeiten, vor allem bei der Regierungsführung. Sie lebt jedoch den mutigen Weg, den der Präsident eingeschlagen hat. Der Erfolg seines Führungsstiles lässt sich an den verbesserten Wirtschaftszahlen messen. Bei dem Gespräch mit dem Staatspräsidenten wurde über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen die G20-Initiative „Compact with Africa“, die Entwicklungszusammenarbeit, sowie über regionale Fragen zur Lage in Westafrika im Mittelpunkt geredet. Die Kooperation mit Afrika war auch ein Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft im vergangenen Jahr.



Die Bundesvorsitzende, Dr. Sylvie Nantcha im Bundesministerium des Innern, im Gespräch über die UN-Dekade für Menschen mit afrikanischer Abstammung.

IM GESPRÄCH MIT MINISTERIEN UND BUNDESKANZLERAMT

Bericht zur UN-Dekade

Am 06. März nahm die Bundesvorsitzende von TANG, Frau Dr. Nantcha gemeinsam mit Vertretern des Zentralrats der afrikanischen Gemeinde in Deutschland an einem Gespräch mit Ulrich Weinbrenner teil, dem Leiter des Stabes Gemeinschaftlicher Zusammenhalt und Integration des Bundesministeriums des Innern und zwei Mitarbeitern. Herr Weinbrenner lud anlässlich der 2016 ausgerufenen UN Internationale Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung ein, um mit Vertretern der afrikanischen Community über deren weitere Umsetzung zu diskutieren. Während des Gespräches ging Herr Weinbrenner näher auf die eventuelle neue Aufteilung von Zuständigkeiten im neuen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ein, betonte jedoch, dass auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit der afrikanischen Community in Deutschland angestrebt ist. Es ist sehr erfreulich, dass Herr Weinbrenner in diesem Zusammenhang TANG dazu aufrief, sich um die Aufnahme im Forum gegen Rassismus des Bundesministeriums des Innern zu bemühen, sodass in Zukunft auch auf dieser Ebene ein reger Austausch mit anderen Menschenrechts- und Migrant*innenorganisationen stattfinden kann. Insgesamt wurde insbesondere darauf eingegangen, dass nicht nur auf bundesweiter, sondern auch auf kommunaler Ebene zur UN Internationale Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung gearbeitet werden soll, um auf die Lebensrealität von Menschen afrikanischer Abstammung in Deutschland hinzuweisen und die Mehrheitsbevölkerung dafür zu sensibilisieren. Eine enge Zusammenarbeit zwischen TANG und dem Zentralrat der afrikanischen Gemeinde zu dieser Thematik wurde bei dem Treffen beschlossen, sodass beide Netzwerke ihre Ressourcen bündeln. Allgemein soll es in Zukunft einen regen Austausch zwischen den beiden Netzwerken und den Bundesministerien geben, sodass eine erfolgreiche Zusammenarbeit gewährleistet werden kann.

Gespräche mit Günther Nooke und Georg Schmidt

Am 7. März führte Dr. Sylvie Nantcha ein Gespräch mit dem kamerunischen Botschafter, danach ging es weiter zum BMZ. Es gab ein Briefing mit dem G20 Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, Günther Nooke, über seine Kamerunreise, die Problematik mit dem anglophonen Teil Kameruns, und über ein gemeinsames Projekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Afrika bzw. zur Bekämpfung illegaler Migration.

Am 6. März fand ein Briefing mit dem Afrikabeauftragten des Auswärtigen Amtes, Georg Schmidt, über unser gemeinsames Projekt "Lost dreams" statt, welches wir in 10 afrikanischen Ländern durchführen. Auch über die Rückkehrer aus Lybien, die in Agadez festsitzen, wurde diskutiert. TANG freut sich einen Beitrag zur Aufklärung junger Menschen in Afrika leisten zu dürfen. Selbstverständlich ist, dass freiwillige Rückkehrer begleitet und bei ihrer Reintegration in ihren Heimatländern unterstützt werden müssen.



Die Bundesvorsitzende, Dr. Sylvie Nantcha mit dem Afrikabeauftragten des Auswärtigen Amtes, Georg Schmidt.



Die Bundesvorsitzende, Dr. Sylvie Nantcha mit dem G20 Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, Günther Nooke.



Die Bundesvorsitzende, Dr. Sylvie Nantcha, bei der Tagung mit dem Referat 311 vom BAMF und mit 6 weiteren Migrantendachorganisationen zum Thema Strukturförderung in Nürnberg.



Start von TANG Nordrhein-Westfalen in Essen am 03. März 2018.



Wir bedanken uns für jede Spende, die unsere Arbeit sichert:
 The African Network of Germany e.V., Stichwort:
 „Unterstützung laufender Projekte“,
 Postbank, IBAN: DE57 1001 0010 05320 0671 27,
 BIC/SWIFT: PBNKDEFF